

---

**Mei-jen Chang**

## **Informationsfreiheit**

### **Ein Rückblick auf *Free Flow of Information***

Seit dem Angriff der NATO gegen Jugoslawien steht die Frage der Medienmanipulation im Zentrum der Diskussion. Am 26. Mai war es so weit, daß der Satelliten-Dienstleister Eutelsat dem Druck der NATO nachgab und die Übertragung des serbischen Fernsehens einstellte.<sup>1</sup> Diesen Verstoß gegen das allgemeine Menschenrecht der Informationsfreiheit stellten jedoch die NATO-Länder nicht in Frage, obwohl sie mit dem Argument, die Menschenrechte im Kosovo schützen zu müssen, das kleine Jugoslawien mehr als zwei Monate heftig bombardierten. Fünf Jahrzehnte nach der Proklamation der Informationsfreiheit als allgemeines Menschenrecht durch die Vereinten Nationen bleibt die Kontroverse über die Informationsfreiheit ein unverzichtbares Feld der politischen Auseinandersetzungen um die internationalen Beziehungen. Jedoch haben sich die Schwerpunkte verschoben: Statt über Informationsfreiheit wird über „Informationskrieg“ (Information War) diskutiert und es geht darum, wie man ihn gewinnt. Diese Situation ist vielleicht ein geeigneter Zeitpunkt für einen Rückblick.

Der Begriff der Informationsfreiheit bezieht sich auf das Prinzip der rechtlichen Regelung des Einsatzes verschiedener Kommunikationsmedien im internationalen Prozeß der Informationsvermittlung. Trotz andauernder Meinungsverschiedenheiten und vor allem ungeachtet des Widerspruchs zwischen proklamierten Menschenrechten und der gesellschaftlichen Realität ist das Prinzip der Informationsfreiheit stets ein unangefochten anerkanntes Ziel aller demokratischen Bewegungen gewesen, eine als Teil des historischen Entwicklungs-

---

<sup>1</sup>„Das serbische Informationsministerium kritisierte die Entscheidung als 'Gipfel der Heuchelei des Westens', der sich zwar immer für die Pressefreiheit einsetze, diese tatsächlich aber brutal verletze. Die Nato hat das staatliche Fernsehen Serbiens wiederholt beschuldigt, Lügen zu verbreiten.“ *Frankfurter Rundschau*, 28.5.1999, S.7.

prozesses empfundene gesellschaftliche Notwendigkeit.

### *1. Die Entwicklung der Informationsfreiheit bis zum Zweiten Weltkrieg*

Die Informationsfreiheit (früher Pressefreiheit) entwickelte sich Hand in Hand mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und der Herausbildung der Nationen. Die Bourgeoisie forderte aufgrund der zunehmenden Handelsaktivitäten und ihres Kampfes gegen die Feudalherrschaft, die Pressefreiheit als Grundrecht der Bürger. Es ist kein Zufall, daß die Pressefreiheit 1791 im 1. Amendement zur amerikanischen Verfassung und in der französischen Verfassung von 1793 garantiert wurde. Diese Pressefreiheit bezog sich ursprünglich auf das Bürgerrecht innerhalb einer Nation.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichnete sich durch die von der Industrialisierung herbeigeführte außergewöhnliche Intensivierung der internationalen Wirtschaftskontakte aus. Die verschiedenen Regionen des Erdballs wurden durch die gewaltige Steigerung des Welthandels, durch die Expansion des kapitalistischen Marktes und durch den Aufbau von Kolonialreichen zu einer Welt zusammengebracht. Der Bedarf an Waren- und Informationsaustausch spiegelte sich im Aufschwung der Zeitungs- und Zeitschriftenpublikationen in dieser Zeit. Mit der Verbesserung der technischen (Eisenbahn, Druckmaschine) und gesellschaftlichen Infrastruktur (Alphabetisierung) erschien 1855 das erste „Penny Paper“. Die Presse wurde zur großen Masseninformationsindustrie.

Der steigende Bedarf an grenzüberschreitender Informationsvermittlung führte zur Entstehung von Nachrichtenagenturen, die, zusammen mit der Erfindung der Telegraphie, den Beginn einer neuen Epoche im Nachrichtenwesen markierte. Die ersten Nachrichtenagenturen waren international tätige nationale Institutionen der Kolonialreiche wie Havas (Paris), Reuters (London), Wolff (Berlin) und Associated Press (New York).

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten diese Weltnachrichtenagenturen in gegenseitigem Einvernehmen die ganze Welt unter sich in Zonen aufgeteilt und Nachrichten untereinander ausgetauscht. Sie waren ein wichtiges Machtsicherungssystem und Legitimationsmedium der imperialistischen Mächte und sehr eng von deren politischen Interessen abhängig<sup>2</sup>. Seit dem Er-

---

<sup>2</sup> Die deutsche Agentur Wolff hatte zum Beispiel mit der Niederlage des deutschen Reiches 1918 ihre Position eingebüßt und wurde mit der Hugenbergschen Telegraphen Union 1934 zum staatlichen nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) zusammengebracht.

sten Weltkrieg arbeiteten die US-Amerikaner intensiv mit den Briten zusammen. Während im Zweiten Weltkrieg Havas an der Seite des Vichy-Regimes stand, teilten sich die US-amerikanischen Nachrichtenagenturen mit Reuters den größten weltweiten Informationsmarkt.

Die Wirkungen der Kartellierung und Monopolisierung der Nachrichtensammlung und -verbreitung führten zu einer starken Vereinheitlichung und einseitigen Auswahl bei der Nachrichtenübermittlung. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entstand der allgemeine Interessenkonflikt zwischen dem Recht der freien grenzüberschreitenden Kommunikation und dem Schutz nationaler Gesellschaften und ihrer politischen, rechtlichen und kulturellen Ordnung.

Weil man erkannte, daß die Tätigkeit der Nachrichtenagenturen für jeden Staat ein wichtiges Machtsicherungsmittel sein kann, gründeten viele Nationen nach der Erringung staatlicher Unabhängigkeit oder nach politischen Umwälzungen sofort eine nationale Nachrichtenagentur.

So entstanden gegen Ende und nach den beiden Weltkriegen viele neue Agenturen, vor allem in Europa und Asien, und die Bildung neuer Staaten in Afrika und Asien nach der Auflösung der alten Kolonialreiche führte in den Fünfziger und frühen sechziger Jahren unseres Jahrhunderts zu einer wahren Sturzflut neuer Agenturen.<sup>3</sup>

Obwohl die Zahl der kleinen nationalen Agenturen von Jahr zu Jahr wuchs, dominierten die Weltagenturen, im Sog von Politik und Technik, auf der internationalen Ebene wie zuvor. Die technische Möglichkeit von grenzüberschreitenden Rundfunksendungen in den Zwanziger Jahren eröffnete neue Konflikte zwischen staatlicher Souveränität und freier grenzüberschreitender Informationsübermittlung. Völkerrechtliche Beschränkungen der Rundfunkfreiheit waren bereits vor dem Zweiten Weltkrieg vertraglich verankert. Eine der bedeutendsten war das bi- und multilateral vereinbarte Verbot von Kriegspropaganda.<sup>4</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen staatlicher Souveränität und grenzüberschreitender Informationsübermittlung verschärfte sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts. Seit der Oktoberrevolution in Rußland wurde die entstehende Sowjetunion von den westlichen Mächten als Todfeind des kapitalistischen Systems angesehen. Erst angesichts der ernststen Gefahr einer faschistischen Expansion entschied der Westen, sich vorübergehend mit der Sowjetunion zu einer Koalition gegen Hitler zusammenzuschließen. Die Zusammenarbeit dauerte nur solange, bis der Hauptgeg-

---

<sup>3</sup> Vgl. Dovifat (1969), S. 98.

<sup>4</sup> Vgl. Delbrück (1991), S.1059.

ner, das nationalsozialistische Deutschland, beseitigt war. Kurz nach dem Krieg begann der Westen die antisowjetische Kampagne. Ihr konkreter Ausdruck war die Truman-Doktrin (1947).<sup>5</sup> Der Antikommunismus wurde von da an besonders in den USA zur Leitlinie der Politik.

Diese Politik stand im Einklang mit den ökonomischen Interessen der Großunternehmen, die einen grenzfreien Markt für den Welthandel forderten. Der Antikommunismus als moralischer Kreuzzug hatte seinen Sinn auch darin, die öffentliche Meinung, die im parlamentarischen System eine wichtige Rolle spielt, für diese Politik zu gewinnen. Aber statt diese politischen und ökonomischen Interessen offenzulegen, wurde im Westen die „Unfreiheit“ des Nachrichten- und Informationswesens in der Umklammerung diktatorischer oder totalitärer Regime in den Mittelpunkt gestellt. Die vom UNO-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) geleitete Pressefreiheitsbewegung forderte im Jahre 1948 die Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit nachdrücklich als allgemeines Menschenrecht. Zugrunde lag diesem Vorgang die aus den USA stammende Idee vom Prinzip des freien Informationsflusses (*free flow of information*).

## 2. Das US-amerikanische Konzept der Informationsfreiheit

Seit Beginn der Industrialisierung besitzt Information eine doppelte Bedeutung: Sie ist einerseits politisches und ideologisches Herrschaftsinstrument, andererseits aber auch ein industrielles Produkt. Diese beide Merkmale markierten die Informationspolitik der großen Industrieländer unseres Jahrhunderts, insbesondere der USA, wo die Großunternehmen in Zusammenarbeit mit dem Staat in erster Linie über Verbreitung und Wirkung dieser Medienerzeugnisse bestimmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die USA zur größten Weltmacht geworden. Während die anderen Industrieländer (die Siegermächte sowie die Verlierer Deutschland und Japan) einschließlich der UdSSR vom Krieg ausgeblutet waren, verfügten die USA über ein gewaltiges ökonomisches Potential.

Die Vereinigten Staaten waren das einzige Land unter den Großmächten, das durch den Krieg reicher - und tatsächlich viel reicher - wurde statt ärmer. Am Ende des Krieges besaß Washington Goldreserven im Wert von 20 Milliarden Dollar, beinahe zwei Drittel der gesamten Goldreserven der Welt... Mehr als die

---

<sup>5</sup> Am 12. März 1947 rief Präsident Truman den Kongreß und die Öffentlichkeit zum Kampf gegen innere und äußere Feinde auf, wobei er in erster Linie an kommunistische Bewegungen dachte. Er forderte vom Kongreß großzügige Hilfen für die antikommunistischen Kräfte in der Türkei und in Griechenland.

Hälfte der Industrieproduktion der Welt kam aus den USA und ein Drittel der Weltproduktion von Gütern aller Art. Die USA waren bei Kriegsende auch der bei weitem größte Exporteur der Welt, und selbst noch ein paar Jahre später stellten sie ein Drittel des Weltexports. Aufgrund der gewaltigen Expansion ihrer Schiffbaukapazität befanden sich inzwischen die Hälfte der Schiffe der ganzen Welt in ihrem Besitz. Ökonomisch gesehen war die Welt nun Washingtons Auster.<sup>6</sup>

Die politische und ökonomische Übermacht der USA manifestierte sich in der entsprechenden Mediendominanz. Während den meisten Ländern Asiens und Europas die von Kriegszerstörungen hart getroffenen Medien noch nicht wieder auf die Beine kamen, lieferten die USA große Mengen von Druckpressen, Rundfunksendungen und Filmmaterialien in die ganze Welt aus. Die hohe Produktivität und die Kontrolle über Rohstoffe waren Hauptgrundlage dieser Herrschaft. Allein im Jahre 1948 produzierte Hollywood 432 Spielfilme, die Sowjetunion weniger als 20, und Italien, noch in der Blütezeit des Neorealismus, nur 54.<sup>7</sup> Hollywood erreichte in den Jahren 1947 bis 1948 seine höchste Dominanz, als auch die Märkte Chinas und der osteuropäischen Länder dem Zugriff Hollywoods ausgesetzt waren. Der Medienmarkt der ganzen Welt, außer der Sowjetunion, war in seiner Hand.

Die Vormachtstellung der US-Medien nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte nicht nur auf ihrer ökonomische Stärke, sondern auch auf der weltweiten militärischen Präsenz der USA.

Diese Periode (1943-1953) zeigt durch die unmißverständlichsten Beispiele, daß die militärische Kraft und die politische Macht der USA genutzt werden, um die Medien anderer Länder unter Druck zu setzen. Generäle riefen buchstäblich aus eigenem Ermessen Presseorgane ins Leben, vergaben Lizenzen für Radiosender, suchten selbst das wichtigste Personal aus und legten ihr Veto gegen jede nicht genehme Personalbesetzung ein.<sup>8</sup>

Mit ähnlichen wie den oben genannten Maßnahmen und direkter Hilfe vom US-Finanz- und Außenministerium war es der Rockefeller Foundation gelungen, während des Zweiten Weltkrieges mehr als 1200 Zeitungen und 200 Rundfunkstationen in Lateinamerika unter ihre Kontrolle zu bringen.

Bis zum Ende des (2.) Weltkrieges schätzte die CIA, daß mehr als 75% der internationalen Berichterstattungen, die in Lateinamerika hineinreichten, aus Washington stammten, wo sie von Rockefellers Büro und vom Außenministeri-

---

<sup>6</sup> Kennedy (1989), S. 534, zit. nach Deppe (1991), S.47-48.

<sup>7</sup> Tunstall (1977), S. 141.

<sup>8</sup> Ebd., S. 137.

streng kontrolliert und überwacht wurden.<sup>9</sup>

Durch die Reichweite ihrer Medien wurden der Reichtum der USA und ihr hoher Lebensstandard in der ganzen Welt verbreitet. Der *American Way of Life* und der ihm entsprechende neue Typ von Massenkultur waren zum Symbol einer neuen Lebensweise geworden. Die Attraktivität des *American Way of Life* wurde gleichzeitig zum moralischen Zweck propagiert, die politische Linie und die militärischen Aktionen der USA zu rechtfertigen. Deren Ideologie von *Freedom and Democracy* wurde zur universalen Wertekategorie und zum politischen Maßstab gemacht. Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 6. Januar 1942 vor dem Kongreß:

Wir kämpfen heute für Sicherheit, für Fortschritt und für Frieden, nicht nur für uns selbst, sondern für alle Menschen, nicht nur für eine Generation, sondern für alle Generationen. Wir kämpfen, um die Sünde und Leiden aus alter Zeit zu beseitigen.<sup>10</sup>

Der Freihandel und der freie Informationsfluß wurden zum Beispiel nicht als notwendige Maßnahmen zur Öffnung internationaler Märkte dargestellt, sondern als allgemeines Gut für die Menschheit und damit als Ausfluß eines moralischen Imperativs. Beide Konzepte prägten zwei der wichtigsten UN-Organisationen, GATT (hinsichtlich des Freihandels) und UNESCO (hinsichtlich des freien Informationsflusses). Da die US-amerikanischen Interessen nunmehr mit den Interessen der ganzen Welt gleichgesetzt wurden, konnten die US-amerikanischen Forderungen auch offiziell zu allgemeinen Menschenrechten deklariert werden. Am 10. Dezember 1948 wurde das Prinzip des *free flow of information* von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ohne Gegenstimmen als universales Menschenrecht proklamiert<sup>11</sup>.

### 3. Der Widerstand gegen die amerikanische Dominanz

Die Grundidee der Informationsfreiheit in der UN-Charta war von Anbeginn Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Ländern und dem sozialistischen Block gewesen. Während die USA einen grenzfreien Informationsfluß befürworteten, behauptete die Sowjetunion, daß

<sup>9</sup> Ebd., S. 140.

<sup>10</sup> Herz (1991), S. 42.

<sup>11</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 19: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

die grenzüberschreitende Informationsübermittlung unter Berücksichtigung staatlicher Souveränität und im völkerrechtlichen Rahmen verlaufen müsse. Die Voraussetzung der Zusammenarbeit müsse auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates erfolgen. Dieses Argument trug der Tatsache Rechnung, daß die überwiegende Mehrheit der Länder eine schwache Medieninfrastruktur besaßen.

Im Vergleich zu westlichen Industrieländern waren die sowjetischen Medien bis zum Zweiten Weltkrieg sehr unterentwickelt und erlitten schwere Zerstörungen durch den Krieg. So waren sie bis zum Tod Stalins nicht in der Lage, durch den Export von Informationen oder Medienprodukten andere Länder zu beeinflussen. Erst seit dem Aufstand in Ungarn 1956 nahmen grenzüberschreitende Rundfunksendungen der UdSSR zu.<sup>12</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Kolonialherrschaft westeuropäischer Länder zu Ende. Das Recht auf Selbstbestimmung für die „Völker, die noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben“<sup>13</sup> wurde zur universalen Forderung. Mit der Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit setzte die Entkolonialisierung in der ganzen Welt ein, die zum Teil mit friedlichen Mitteln, oft aber auch nur in blutigen Kriegen erreicht werden konnte. Der Prozeß der Machtübertragung an die autochthonen Repräsentanten wurde meist von einer Nationalbewegung getragen. Bis 1960 erhielten viele Länder ihre staatliche Souveränität.

Die Infrastruktur der Medien dieser neu entstandenen Entwicklungsländer war schon in der kolonialen Zeit geschaffen worden. Als Voraussetzung der Befreiung von kolonialer Ideologie versuchten viele Befreiungsbewegungen, die Unabhängigkeit ihrer Medien unter ihrer Kontrolle zu erreichen. Meist aber reichten die eigenen Ressourcen nicht, z.B. im nationalisierten Fernsehen ein volles Programm zu produzieren. Zur Befriedigung des so entstandenen Bedarfs boten sich die billigen Produkte aus den USA an. Die neu entstandenen nationalen Medienmärkte gelangten in vielen Ländern unter US-amerikanischen Einfluß.

Der Einsatz von Funksatelliten eröffnete eine neue Dimension in den Auseinandersetzungen zwischen dem Völkerrecht und der Freiheit des grenzüberschreitenden Informationsflusses. Die von den USA propagierte Informationsfreiheit wurde in vielen Staaten als Bedrohung der nationalen Sicherheit und als Gefahr für den Bestand der eigenen kulturellen Identität betrachtet. Die

---

<sup>12</sup> Thunhall (1977), S. 188.

<sup>13</sup> Artikel 73 der UN-Charta.

technischen Möglichkeiten der geostationären Funksatelliten bewirkten, daß von den Regierungen unkontrolliert Nachrichten eindringen, die eine fremde Sicht der Dinge vermitteln. Außerdem bedeutete die Teilnahme an der Nutzung des Satellitenfunks für viele Länder eine finanzielle Überforderung.

Die Partizipation dieser Staaten an den neu eröffneten Möglichkeiten weltweiter Kommunikation ist faktisch nur mit Hilfe der großen Industrienationen möglich und fordert einen völkerrechtlichen Rahmen für entsprechende Kooperation.<sup>14</sup>

Ende der sechziger Jahre begann die Diskussion in der UNESCO und führte bereits Anfang der 70er Jahre zur Forderung nach einer neuen Weltinformationsordnung. Im Jahre 1972 wurde in der UNESCO die „Erklärung über die Leitlinien für den Gebrauch von Satellitenfunk für den freien Informationsfluß, die Verbreitung von Erziehung und einen größeren kulturellen Austausch“ verkündet und im Jahre 1978 wurde, gegen den nachhaltigen Widerstand der USA, die Mediendeklaration („Declaration on Fundamental Principles concerning the Contribution of the Mass Media to Strengthening Peace and International Understanding to the Promotion of Human Rights and to Countering Racism, Apartheid and Incitement to War“) verabschiedet.<sup>15</sup>

Hervorstechendes Merkmal dieser Erklärungen war zum einen eine weitgehende Abkehr vom Prinzip des freien Informationsflusses zugunsten der Stärkung staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung in politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Dies bedeutete einen fast völligen Bruch mit der zunächst in der Nachkriegszeit von der UNESCO verfolgten Politik des freien Informationsflusses.<sup>16</sup>

1984 traten die USA aus der UNESCO aus, der sie vor allem vorwarfen, daß sie „fast alle von ihr behandelten Themen außerordentlich stark politisieren würde“ und gegenüber den privaten Institutionen von freien Gesellschaften – insbesondere im Kommunikationsbereich – eine feindselige Haltung einnehme.<sup>17</sup>

Die Anerkennung der staatlichen Souveränität und Selbstbestimmung in politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten konnte also die Herrschaft der USA im Bereich der grenzüberschreitenden Informationsübermittlung im Zeitalter der Kommunikationssatelliten nicht zurückdrängen. Die Rolle des Staates als Überwacher der grenzüberschreitenden Informationsübermittlung ist durch die technische Möglichkeiten der Satelliten und die weitere Ent-

---

<sup>14</sup> Delbrück (1991), S. 1060.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Hüfner (1991), S. 917.



wicklung der Computervernetzung illusionär geworden.

#### 4. *Eine neue Epoche der Informationsfreiheit*

Der amerikanische Traum der Informationsfreiheit hat sich durch den Zusammenbruch des Realsozialismus und die Herausbildung und Verbreitung des Internets fast vollkommen verwirklicht. Die grenzenlose, rund-um-die-Uhr Informationsübermittlung ist keine Illusion mehr. Jedoch geht der „Info-War“ weiter. Der alte Gegner (der Kommunismus) ist noch nicht beseitigt, da taucht schon ein neuer Feind (der Hacker) auf.

PC, Modem und Internet-Zugang genügen, um zum Angriff überzugehen. Damit kommen als Gegner nicht mehr nur Staaten und deren Militärapparate in Frage. Selbst Freizeithacker werden als potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet. Die Anzahl der Personen, die für eine Cyber-Attacke qualifiziert sein könnten, wurden von der 1996 eingerichteten 'President's Commission on Critical Infrastructure Protection' (PCCIP) für das Jahr 2002 auf nicht weniger als 19 Millionen Menschen geschätzt.<sup>18</sup>

Die intensive Kommerzialisierung der Information führte zu einer neuen Epoche in der Informationspolitik. Die ursprüngliche Idee vom Internet als dezentralisierter Infrastruktur für den Informationsfluß im Dienst der nationalen Sicherheit der USA ist durch die Globalisierung der Wirtschaftsaktivität zur potentiellen Bedrohung der USA geworden. Der Feind ist nicht mehr nur in einigen fremden Ländern, sondern überall im Netz und jederzeit zum Angriff gerüstet und bereit. Man redet jetzt über die zunehmende Notwendigkeit, den Informationsfluß zu kontrollieren.

Heute scheint es keine Alternative zur Herrschaft des kapitalistischen Marktes mehr zu geben. Jedoch führt der direkte Zugang zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch für eine zunehmend große Masse der Bevölkerung schon zu einer Veränderung ihrer Arbeitsorganisation. Diese Möglichkeit einer globalen Vernetzung könnte schließlich zu einer grundlegenden Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise und Eigentumsverhältnisse führen.<sup>19</sup> Damit könnte auch das Ideal einer freien Informations- und Medienlandschaft frei von politischer Instrumentalisierung, von Umsatz und Profit, verwirklicht werden.

---

<sup>18</sup> Baumann (1998), S. 80.

<sup>19</sup> Als qualifizierte Beispiele können die Free Software Foundation und die Freigabe des Sourcecodes des Netscape Navigators gelten.

*Benutzte Literatur:*

- Baumann, Alfred: Bitskrieg, Information Warfare: Krieg im Informationszeitalter. In: *c't*, 18/1998.
- Delbrück, Jost: Weltinformations- und Kommunikationsordnung. In: Rüdiger Wolfrum (Hrsg.): Handbuch Vereinte Nationen. München 1991.
- Deppe, Frank: Jenseits der Systemkonkurrenz. Marburg 1991.
- Dovifat, Emil: Handbuch der Publizistik, Band 3: Praktische Publizistik, Berlin 1969.
- Frankfurter Rundschau, 28.5.1999.
- Herz, Dieter: The American School of Decline. Anmerkungen zur Literatur über den Verfall amerikanischer Macht. In: Neue politische Literatur, Jg. 34 1989.
- Hüfner, Klaus: UNESCO - Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. In: Rüdiger Wolfrum (Hg.): Handbuch Vereinte Nationen. München 1991.
- Kennedy, Paul: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Frankfurt/Main 1989.
- Tunstall, Jeremy: The Media are American. NewYork 1977.